

Liebe Leserinnen und Leser,

die Stadt St. Ingbert entwickelt sich stetig weiter – mit einer klaren Vision für die Zukunft! Ein zentrales Gremium, das an dieser Entwicklung maßgeblich mitwirkt, ist der Stadtentwicklungs-, Biosphären-, Umwelt- und Demografie Ausschuss (SBUDA). Hier werden entscheidende Weichen für die nachhaltige Stadtplanung, den Klimaschutz und die demografische Entwicklung unserer Stadt gestellt.

Aktuell arbeitet der SBUDA unter anderem an gleich mehreren Großprojekten. Beispiele sind das CISPA, das Gebiet "Im Stegbruch" in Rohrbach, das neue Feuerwehrgerätehaus in Oberwürzbach, neuer Wohnraum und vieles mehr. Immer mit dem Ziel attraktiven und sicheren Stadt. Dazu gehört die Belebung der Innenstadt genauso wie ein nachhaltiger Verkehrsverbund mit attraktiven und innovativen Mobilitätsangeboten. Auch der Umweltschutz spielt eine zentrale Rolle – so wird derzeit ein Wärmenetz zur nachhaltigen Energieversorgung geplant und die Bewirtschaftung des Stadtwaldes in enger Zusammenarbeit mit dem SaarForst Landesbetrieb auf eine zukunftsfähige Basis gestellt, die dem Klimawandel Rechnung trägt. Natur- und Klimaschutz sowie Nachhaltigkeitsgedanken in einem durch den wirtschaftenden Menschen geprägten Raum zu verankern, ist zentraler Gedanke eines Biosphärenreservats und gehört ebenso zum vielfältigen Aufgabenportfolio des SBUDA

Mit diesem starken Engagement zeigt der SBUDA, wie wichtig eine vorausschauende Stadtentwicklungspolitik ist. Doch er ist nur einer von mehreren Fachausschüssen, die die Arbeit unseres Stadtrates prägen. In den kommenden Ausgaben unseres Newsletters werden wir Ihnen daher die verschiedenen Ausschüsse von St. Ingbert vorstellen – bleiben Sie dran!

Ihr,
SBUDA-Team



Die CDU-Stadtratsfraktion in St. Ingbert setzt sich für das Wohl der Bürger vor Ort ein und möchte Sie mit diesem Newsletter regelmäßig über aktuelle Themen informieren.

Gemeinsam mit dem St. Ingberter Oberbürgermeister, Dr. Ulli Meyer, wollen wir das Leben in St. Ingbert Tag für Tag verbessern.

Sollten Sie Anregungen, Anliegen oder anderes haben, zögern Sie nicht, sich an uns zu wenden:

fraktion@cdu-igb.de

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Frank Breinig
Vorsitzender der CDU-Stadtratsfraktion St. Ingbert:

<https://www.facebook.com/CDUstadtratsfraktionSt.Ingbert>



Umsetzung neuer Verkehrsführung in Kohlen- und Poststraße gestartet

Bis Oktober 2025 soll die Verkehrsführung in der Kohlen- und Poststraße in St. Ingbert umfassend neugestaltet werden. Der erste Schritt dazu ist die Räumung des Parks an Thume Eck, die bereits begonnen hat. Diese Fläche wurde einst als provisorische Grünanlage angelegt und wird nun für die geplanten Bauarbeiten benötigt. Die dort befindlichen Bäume werden an andere Standorte umgesetzt.

Ein wesentlicher Bestandteil des Projekts ist der Abriss des ehemaligen Hotelrestaurants „Edelweiß“, der Mitte März beginnen soll. Der Rückbau des Gebäudes wird etwa einen Monat in Anspruch nehmen und ist notwendig, um den Straßenraum in der Kohlenstraße zu erweitern. Die Neugestaltung sieht vor, zwei bzw. kurzzeitig drei Fahrstreifen in Richtung Saarbrücken und nur noch einen Fahrstreifen in Richtung Homburg zu schaffen. Zusätzlich wird ein kombinierter Rad- und Gehweg entstehen, der nicht nur den Radverkehr fördert, sondern auch als sicherer Schulweg für die Grundschüler der zukünftig umgebauten Ludwigschule dient.

In der ersten Phase wird die Zahl der Fahrstreifen reduziert, um die Tiefbauarbeiten durchzuführen. Anschließend erfolgt die Markierung der neuen Fahrspuren sowie die Installation der notwendigen Signalanlagen. Die Stadt St. Ingbert erhält für dieses umfassende Verkehrsprojekt eine Förderung von 40 Prozent der Gesamtkosten in Höhe von 1,5 Millionen Euro durch Bund und Land. Die Fertigstellung muss bis Oktober 2025 erfolgen, da bis dahin die Abschlussrechnung bei den Fördergebern vorliegen muss.

Ziel ist es, eine moderne und sichere Infrastruktur für den Radverkehr in der Innenstadt zu schaffen, die eine nachhaltige Mobilität fördert und die Verkehrsströme optimiert.





Baubetriebshof neu

Hoher Sanierungsstau, unzumutbare Zustände. Aufgrund der baulich maroden Situation des städtischen Geländes des Baubetriebshofes in der Dudweilerstraße / Kastanienweg ist insbesondere eine Modernisierung der Gebäude dringend erforderlich. Bisher waren die von der Stadtverwaltung durchgeführte Flächenalternativenprüfung sowie die Sicherstellung der Finanzierung des Vorhabens allerdings erfolglos.

Im Zuge erster Gespräche wurde seitens des Projektentwicklers nun die Bereitschaft signalisiert, die Modernisierung des Städtischen Baubetriebshofgeländes auf der heutigen Fläche in der Dudweilerstraße / Kastanienweg durchzuführen.

Gleichzeitig wäre darüber hinaus eine Umsiedlung des bestehenden LIDL-Marktes in der Dudweilerstraße 103a auf das neu zu entwickelnde Baubetriebshofgelände in der Dudweilerstraße / Kastanienweg denkbar. Nach Einschätzung gemäß Nahversorgungskonzept der Stadt St. Ingbert ist eine Umsiedlung des Marktes aus peripherer Lage in ein zentraler gelegenen Bereich begrüßenswert.

Flüchtlingsunterbringung in St. Ingbert: Aktuelle Zahlen und Strategien

Die Stadt St. Ingbert hat auf Antrag unserer Fraktion im zuständigen Stadtrats-Ausschuss aktuelle Zahlen zur Unterbringung von Geflüchteten präsentiert. Derzeit leben Menschen mit Flüchtlingshintergrund in 535 Privatwohnungen und 14 Häusern mit privaten Mietverträgen. Zusätzlich stellt die Stadt 43 eigene Wohnungen sowie sechs städtische Gebäude als Gemeinschaftsunterkünfte zur Verfügung. Während des Ukraine-Krieges wurden außerdem drei Häuser und eine Wohnung von Privatpersonen oder Kirchengemeinden angemietet. In der Alten Schmelz-Siedlung stehen zudem fünf Häuser und eine Wohnung für Geflüchtete bereit.

Bereits seit 2015 verfolgt die Stadt St. Ingbert die Strategie,



Geflüchtete bevorzugt in städtischem Wohnraum oder Gemeinschaftsunterkünften unterzubringen. Dies ermöglicht eine flexible, bedarfsgerechte Kapazitätsplanung und minimiert finanzielle Risiken. Gemeinschaftsunterkünfte sind zudem kosteneffizienter in der Betreuung und Verwaltung. Langfristige Mietverträge mit Privatpersonen wurden vermieden, um unkalkulierbare Folgekosten für die Stadt zu verhindern.

Auf Anfrage der CDU-Fraktion bestätigte die Stadt, dass es seit 2015 keine Mietausfälle gegeben hat. Auch Leerstände von für Flüchtlinge vorgesehenem Wohnraum wurden nicht festgestellt. Da keine langfristigen Mietverträge mit Privatpersonen bestehen, gab es zudem keine Anträge auf Mietausfall-Erstattungen beim saarländischen Innenministerium. Die Stadt sieht ihr Konzept als erfolgreich und bedarfsgerecht an.

Neues Wohnquartier für St. Ingbert geplant

Auf dem Gelände der ehemaligen Stadtgärtnerei und des Bauhofs soll ein modernes und nachhaltiges Wohnquartier entstehen. Die Planung sieht eine Bebauung vor, die sich harmonisch in das Stadtbild einfügt.

Geplant sind Einfamilien- und Mehrfamilienhäuser sowie höhere Punkthäuser mit Dachterrassen. Begrünte Dächer, Fassaden und Urban-Gardening-Flächen sollen das Quartier ökologisch aufwerten. Einige Gebäude werden zudem mit Photovoltaikanlagen ausgestattet.

Ein innovatives Verkehrskonzept setzt auf Tiefgaragen, Carsharing, E-Bike-Verleih und eine gute ÖPNV-Anbindung. Ladesäulen für Elektroautos sowie überdachte Fahrradstellplätze sind vorgesehen.

Barrierefreie Wohnungen, gemeinschaftliche Dachgärten und Grünanlagen sorgen für eine hohe Lebensqualität. Ein Quartiersspielplatz wird abseits des Friedhofs platziert. Das Projekt soll modernes und umweltfreundliches Wohnen in St. Ingbert ermöglichen. Wie vor einigen Jahren zugesagt, wird ein Verkehrsgutachten die mögliche Verkehrsbelastung überprüfen. Wichtig: Hier handelt es sich bisher nur um Ideen.



Zusammenfassung zur kommunalen Wärmeplanung in St. Ingbert

Die Stadt St. Ingbert hat eine umfassende Bestands- und Potenzialanalyse im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung durchgeführt. Ziel ist es, eine nachhaltige und zukunftsorientierte Wärmeversorgung zu gewährleisten.

Bestandsanalyse:

Die Analyse zeigt, dass private Haushalte mit 55 % den größten Anteil am Wärmeverbrauch haben, gefolgt von Gewerbe, Handel und Dienstleistungen (GHD) mit 27 %, der Industrie mit 15 % und kommunalen Einrichtungen mit 3 %. Der Wärmebedarf wird überwiegend durch Erdgas (76 %) gedeckt, gefolgt von Heizöl (14 %). Erneuerbare Energien wie Holz, Solar- und Geothermie spielen derzeit mit jeweils 2 % nur eine untergeordnete Rolle.

Heizungsbestand und Alter:

Ein signifikanter Teil der Heizungen ist älter als 20 Jahre, was auf einen hohen Modernisierungsbedarf hinweist. Besonders die Heizungsanlagen, die älter als 30 Jahre sind (17 %), stellen eine Herausforderung dar.

Potenzialanalyse:

Die Analyse identifiziert zentrale Potenziale zur Wärmeversorgung, darunter Biomasse (Holz und Landwirtschaft), Oberflächen- und Abwasserwärme sowie industrielle Abwärme. Auch die Nutzung von Solarthermie und Photovoltaik wird als vielversprechend bewertet. Besondere Chancen bietet die Nutzung geothermischer Energie und die Integration von Wärmepumpen.

Fazit:

Die kommunale Wärmeplanung für St. Ingbert hebt hervor, dass eine Umstellung auf erneuerbare Energien notwendig ist, um den CO₂-Ausstoß zu senken und die Versorgung langfristig zu sichern. Dazu bedarf es sowohl technischer Modernisierungen als auch einer stärkeren Nutzung lokaler Ressourcen wie Biomasse, Solar- und Geothermie.



Ausbau von Photovoltaikanlagen

Die Stadt St. Ingbert plant den gezielten Ausbau von Photovoltaikanlagen im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung. Im von unserer Fraktion beantragten und kürzlich vorgestellten Standortkonzept wurden zahlreiche potentiell geeignete Flächen für Freiflächen- und Agri-Photovoltaikanlagen identifiziert. Wichtige Standorte für Freiflächenanlagen sind unter anderem Rohrbach mit Flächen von 4,1 bis 5,2 Hektar, der Geistkircherhof mit insgesamt 26,7 Hektar sowie Waldeck/Rittershof I mit mehreren Teilflächen zwischen 2,6 und 10,6 Hektar. Auch Oberwürzbach und Sengscheid bieten Potenzial mit Flächen von bis zu 8,1 Hektar. Für die Agri-Photovoltaik, die landwirtschaftliche Nutzung mit Stromerzeugung kombiniert, wurden ebenfalls geeignete Flächen gefunden, darunter der Tribscheider Hof (19,2 Hektar), Hochscheid (15,7 Hektar) und Rittershof II (31,9 Hektar).

Besonders hervorzuheben ist die Privilegierung von Solarparks im Zusammenhang mit landwirtschaftlichen Betrieben und entlang von Autobahnen oder Schienenwegen, die ohne eine umfangreiche Bauleitplanung umgesetzt werden können. Um die Realisierung voranzutreiben, sollen die Steuerungskriterien (Machbarkeit, Wirtschaftlichkeit) überprüft und gegebenenfalls angepasst werden, um die Flächennutzungspläne entsprechend zu aktualisieren. Mit diesem Konzept setzt St. Ingbert auf eine nachhaltige Energieversorgung und leistet einen wichtigen Beitrag zur Energiewende.

Kaiserradweg: Stadtrat unterstützt Radvorrangroute zwischen Homburg und Saarbrücken

Der Stadtrat hat der Absichtserklärung zur Realisierung der Radvorrangroute „Kaiserradweg“ zugestimmt. Die geplante Strecke soll eine direkte, sichere und attraktive Verbindung für den Alltagsradverkehr zwischen Homburg, Kirkel, St. Ingbert und Saarbrücken schaffen.

Besonders wichtig ist dabei eine enge Abstimmung mit den



beteiligten Kommunen zur konkreten Wegführung. Zudem soll die Route eine Anbindung an das künftige CISPA-Gelände sowie die Universität des Saarlandes erhalten.

Das Projekt wurde durch eine gemeinsame Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretungen der Kommunen, des Saarpfalz-Kreises, des Biosphärenzweckverbands Bliesgau, der HTW Saar, des Mobilitätsministeriums und des Landesbetriebs für Straßenbau, konkretisiert. Ziel ist es, durch eine optimierte Radinfrastruktur den Umstieg auf das Fahrrad zu erleichtern und den motorisierten Individualverkehr zu reduzieren – ohne dabei neue Flächen zu beanspruchen.

Die Machbarkeitsstudie wurde bereits ausgeschrieben. Sobald alle Kommunen ihre Ratsbeschlüsse gefasst haben, wird die Absichtserklärung in einer gemeinsamen Sitzung unterzeichnet. Mit dem Kaiserradweg entsteht ein wichtiger Schritt hin zu einer nachhaltigen und modernen Mobilität in der Region. Unsere Fraktion hat hier darauf gedrungen, dass die letztendliche Planungshoheit der Wegführung bei der Stadt St. Ingbert und den städtischen Gremien liegt.

Beim Kaiserradweg ist es für uns als CDU St. Ingbert von zentraler Bedeutung, dass die Beschlüsse der Ortsräte berücksichtigt werden und ein Zusammenspiel aller Mobilitätsformen gewährleistet ist, ohne dabei notwendige Parkflächen wegfällen zu lassen.

Wahl des neuen Seniorenbeirats in St. Ingbert

Der St. Ingberter Seniorenbeirat für die Amtszeit 2024–2029 hat seine Arbeit aufgenommen. In der konstituierenden Sitzung wurden Hans Bur (1. Vorsitzender), Otto Kannengießer (2. Vorsitzender) und Hans Pauly (Schriftführer) gewählt. Das 14-köpfige Gremium berät den Stadtrat in seniorensrelevanten Themen und engagiert sich in den Arbeitskreisen „Soziales“, „Kultur und Freizeit“ sowie „Bauen und Verkehr“.

Besonders hervorzuheben ist das erfolgreiche Seniorenprogramm in Kooperation mit der AWO, das vielfältige Angebote für ältere Mitbürger umfasst. Zudem wurde die Entwicklung der INGO Stadt-App beratend begleitet – eine Leistung, die im April mit einem bundesweiten BAGSO-Preis gewürdigt wird.

Die CDU-Stadtratsfraktion gratuliert allen Gewählten und freut sich auf eine konstruktive Zusammenarbeit zum Wohl der Senioren in St. Ingbert

Lärmaktionsplan 2024

Die Stadt St. Ingbert hat auf Grund gesetzlicher Vorgaben ihren Lärmaktionsplan aktualisiert, um die Lärmbelastung entlang der Hauptverkehrsstraßen zu reduzieren. Grundlage hierfür ist die Lärmkartierung 2022, die eine hohe Lärmbelastung in mehreren Straßenabschnitten aufgezeigt hat.

Die Stadt setzt auf eine nachhaltige Verkehrsplanung, die den Lärmschutz mit einer sicheren und flüssigen Verkehrsführung verbindet. Der Plan wird regelmäßig überprüft und weiterentwickelt, um die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger langfristig zu verbessern.



Neue Vereinbarung zur Unterbringung von Fundtieren in St. Ingbert

Die Stadt St. Ingbert hat eine neue vertragliche Lösung für die Unterbringung von Fundtieren gefunden. Ab 2025 werden alle Fundtiere – mit Ausnahme von Katzen – weiterhin im Tierheim Homburg betreut. Katzen hingegen werden ausnahmslos im Katzenhaus Oberwürzbach untergebracht.

Hintergrund dieser Regelung sind Differenzen zwischen dem Tierheim Homburg und dem Katzenhaus Oberwürzbach bezüglich der finanziellen Aufteilung. Nach intensiven Verhandlungen, koordiniert durch den Saarländischen Städte- und Gemeindetag (SSGT), wurde eine Einigung erzielt: Die Stadt St. Ingbert beteiligt sich künftig mit einem jährlich steigenden Beitrag von 1,30 € (2025), 1,40 € (2026) und 1,50 € (2027) pro Einwohner.

Die Stadt sieht sich in der Pflicht, eine vertragliche Regelung zu treffen, da sie gesetzlich für die Versorgung von Fundtieren verantwortlich ist. Eine eigene Einrichtung wäre personell und



finanziell nicht umsetzbar, weshalb die neue Konsortialvereinbarung eine praktikable und kosteneffiziente Lösung darstellt.

Die Vereinbarung wurde von beiden Tierheimen am 12. Februar 2025 angenommen. Damit ist die Versorgung der Fundtiere in St. Ingbert für die kommenden Jahre gesichert.

Anpassung der Abwassergebühren und weitere Investitionen

Aufgrund gestiegener Bau- und Energiekosten sowie Tarifierhöhungen und eines erhöhten Verbandsbeitrags wurden die Abwassergebühren in St. Ingbert ab dem 1. Januar 2025 angepasst. Die Gebühren für Schmutzwasser steigen von 3,23 € auf 3,63 € pro m³ und für Niederschlagswasser von 0,73 € auf 0,80 € pro m².

Der Entsorgungsverband Saar (EVS) erhöht zudem den Einheitlichen Verbandsbeitrag um 6,8 % auf 3,588 Euro pro Kubikmeter Frischwasser, was bei einem durchschnittlichen Verbrauch etwa 0,86 Euro mehr pro Monat und Person bedeutet. Diese Erhöhung dient der Absicherung gegen finanzielle Risiken aufgrund sinkender Frischwassermengen und steigender Kosten.

Investitionen in die Abwasserinfrastruktur

Zur Modernisierung und Optimierung der Kanalinfrastruktur investiert der Abwasserbetrieb 6,7 Millionen Euro. Geplant sind Neubauten wie in der Hans-Wilhelmi-Straße und umfassende Kanalsanierungen. Die Trennung von Schmutz- und Regenwasser wird getestet, um die Effizienz zu steigern. Zudem werden Regenrückhaltebecken optimiert und neue Messtechnik sowie Kameras installiert, um Überschwemmungen zu reduzieren und Wartungsarbeiten effizienter zu gestalten.



CDU



Am Markt 12
66386 St. Ingbert



fraktion@cdu-igb.de

Impressum:

Verantwortlicher für diesen Newsletter:

V.i.S.P.:

**CDU-Stadtratsfraktion St. Ingbert vertreten durch den
Fraktionsvorsitzenden Dr. Frank Breinig**

Am Markt 12, 66386 St. Ingbert

fraktion@cdu-igb.de

Da. Für Euch. Für St. Ingbert.